



von Hon. Prof. Dr. Helmut HASCHEK

Vorsitzender des Vorstandes und
Generaldirektor der Österreichischen
Kontrollbank AG

vorgetragen anlässlich des WIV-Kongresses 1982
am 11. Juni 1982 im Grazer Congress

Der Beginn eines neuen Jahrzehnts lud allenthalben ein, über die Entwicklungsprojekte der 80er Jahre nachzudenken. Dies mag einerseits in der Faszination runder Zahlen liegen, denn selbstverständlich folgen weder politische und wirtschaftliche Entwicklungen dem Dekadensystem. Andererseits waren die 70er Jahre zufällig fast genau jene Dekade, die eine neue Periode der weltwirtschaftlichen Entwicklung einleitete, die vielleicht das Ende jener "glorreichen 30er Jahre" anzeigte, die einen weltwirtschaftlichen Aufschwung markierten, der in der Menschheitsgeschichte keine Parallele aufzuweisen hat.

Will man den Spielraum autonomer Exportpolitik umschreiben, den ein Kleinstaat hat, dann wird man nicht umhin können, zunächst einmal die Umweltbedingungen zu beschreiben, in welchen sich die außenwirtschaftliche Entwicklung eines solchen Kleinstaates abspielen kann. Dies gilt auch dann, wenn das außenwirtschaftliche Gewicht regional - wie dies für Österreich der Fall ist - sehr stark konzentriert ist.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist zunächst dadurch gekennzeichnet, daß einer Periode hohen außenwirtschaftlichen Wachstums, sowohl der weltwirtschaftlichen Produktion als auch des Welthandels seit Beginn der 70er Jahre eine solche mäßigen und unsteten Wachstums gefolgt ist, das sich in den 80er Jahren weiter zu verflachen verspricht.

Zu dieser Entwicklungsänderung haben eine Reihe von Faktoren beigetragen:

- (I) im politisch-soziologischen Bereich der Verlust von regierungsfähigen Mehrheiten in nahezu allen Ländern der westlichen Welt,

eine Verstärkung des Verteilungskampfes zwischen den sozialen Schichtungen, die in zunehmendem Maß zu Anspruchsmonopolen führte, die wiederum innerhalb der staatlichen Ordnungen nur über die Inflation zu Interessensausgleichen führte;

- (II) die Aufgabe des Weltwährungssystems, das nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Basis fester Wechselkurse eingeführt wurde;
- (III) die Einrichtung des ersten großen internationalen Preiskartells der Erdölproduzenten, die in der Lage waren, die Weltwirtschaft mit einer gewaltigen Steuer zu belegen, in deren Gefolge jedoch mangels ausreichender Absorptionsfähigkeit der Steuerempfänger kein realer Güter- und Leistungstransfer folgen konnte und daher gleichzeitig eine Nachfragerücke und ein verstärktes Ungleichgewicht zwischen den weltwirtschaftlichen Handelsregionen bewirkte;
- (IV) eine erratische Wirtschaftspolitik - wieder Ausfluß der oben genannten politischen Instabilität - die zunächst in der Folge der Rezessionsüberwindung 1970 einen monetären Überfluß zuließ, der dann 1975 durch eine Überrestriktion ausgetrocknet werden mußte.

Insgesamt bewirkten alle diese Faktoren zusammen eine Inflation bei Unterbeschäftigung.

Es gilt festzuhalten, daß es Österreich bisher weitgehend gelungen ist, diesem verhängnisvollen Entwicklungsmuster zu entgehen. Es ist gar nicht so erheblich, ob dies das Resultat einer glücklichen Verkettung von Umständen war oder das Ergebnis weitschauender Politik oder eine Mischung von beidem - was das Wahrscheinlichste ist.

Die Bewältigung der Zukunft stellt aber - wie ich meine - lösbare, wenn auch schwierige Aufgaben.

Auf Sicht ist davon auszugehen, daß

- (I) die Industriestaaten weiterhin nur unterdurchschnittlich wachsen werden;

- (II) daß die RGW-Länder ebenfalls nur durchschnittlich - gegenüber der Vergangenheit unterdurchschnittlich - wachsen werden;
- (III) daß das weltwirtschaftliche Wachstum ganz wesentlich von einer Reihe von Entwicklungsländern in Südamerika und Ostasien getragen werden wird.

Die Schatten der weltwirtschaftlichen Entwicklung fielen auch auf Österreich. Während es in den glorreichen 30er Jahren dem europäischen Kleinstaat gelang, sich eine Spitzenposition in der internationalen Staatengemeinschaft zu erobern und über diese Periode hinweg, sein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu gewinnen und zu erhalten, das gerade für den Kleinstaat keine bloß wirtschaftspolitische Zielgröße darstellt, sondern das Herzstück seiner politischen Unabhängigkeit und Existenz, konnten in den 70er Jahren zwar überdurchschnittliche Wachstumsraten der Volkswirtschaft erzielt werden, konnte an der Beschäftigungsfront von der internationalen Misere des Taumels in eine Massenarbeitslosigkeit bewahrt werden, die heute bereits Ausmaße erreicht hat, die an die Schrecken der Zwischenkriegszeit erinnern, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht konnte jedoch nicht erhalten werden.

Die Ausbildung eines strukturellen, außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes begann ein zentrales wirtschaftspolitisches Problem zu werden, dessen Lösung gerade für einen Kleinstaat besondere Probleme mit sich bringt, es ist doch ein Merkmal der Kleinstaaten, daß sie überdurchschnittlich stark außenwirtschaftlich verflochten sind und ihnen der Weg zum Gleichgewicht durch Rückzug in vermehrter Autarkie aufgrund ihrer Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und ihrer industriellen Kapazität auch theoretisch verwehrt ist.

Die Zielvorgaben, die für die 80er Jahre der Wirtschaftspolitik vorgegeben wurden, hatten daher auch der Wiedergewinnung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts eine besondere Priorität eingeräumt. Das bedeutete aber zugleich, daß dem Export die entscheidende Rolle zufallen mußte. Dies gilt auch für die Verstärkung der Präsenz heimischer Produzenten auf dem inländischen Markt, also für die Importsubstitution. Denn eine der Ursachen für die Ausbildung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes lag nicht so sehr in unbefriedigenden Zuwachsraten im Export, sondern war und ist in der Tatsache begründet, daß im Inland in erheblichem Ausmaß Marktanteile an das

Ausland in einem Ausmaß verloren gegangen waren, die selbst überdurchschnittliche Marktanteilsgewinne im Export nicht wettzumachen vermochten.

Durch die Integration Österreichs in den größeren europäischen Markt und die Weltwirtschaft ganz allgemein, wurde die traditionelle Spaltung der österreichischen Wirtschaft in Produzenten, die vorwiegend für das Inland produzieren und solchen, die vorwiegend ausländische Märkte versorgten, hinfällig. Die kleinbetriebliche Struktur unserer Wirtschaft stand aber dieser notwendigen Anpassung vor allem deshalb entgegen, weil gerade kleine Unternehmen in der Regel keine Vertriebsorganisationen besitzen, die über den reinen Nachbarschaftshandel hinaus neue Märkte zu erschließen in der Lage sind.

Die Zielvorgaben für eine auf die Wiedererringung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ausgerichtete Politik wurde vom Institut zur Wirtschaftsforschung 1979 etwa wie folgt definiert:

Bei grundsätzlicher Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik, deren zentrales Anliegen weiterhin die Gewährleistung einer hinreichenden Beschäftigung bleiben muß, wird bis zum Ende der 80er Jahre ein "außenwirtschaftliches Gleichgewicht" (ein Leistungsbilanzdefizit von nicht mehr als 1,5 % des BIP) unter Annahme der Realisierung folgender Zielvorstellungen erreicht werden können:

- (I) das reale Wirtschaftswachstum Österreichs wird sich im Durchschnitt der 80er Jahre auf 3,5 % jährlich belaufen müssen;
- (II) die realen Preise für Energie werden lediglich um 5 % jährlich zunehmen dürfen;
- (III) die österreichische Inflationsrate wird sich im Durchschnitt auf 4 % p.a. zu belaufen haben;
- (IV) der österreichische Warenexport wird nominell um 10,1 % real um 7,3 % wachsen müssen;
- (V) die österreichischen Warenimporte werden nominell um 9,4 % und real um 5,9 % zunehmen dürfen.

Es erübrigt sich wohl darauf hinzuweisen, daß diese Zielvorstellungen sich in ihrer Realisierbarkeit gegenseitig bedingen, das heißt, daß einzelne Parameter nicht willkürlich ohne entsprechende Auswirkung auf die anderen verändert werden können.

Das Defizit der österreichischen Handelsbilanz wird von S 83 Milliarden 1981 auf S 128 Milliarden im Jahr 1990 anwachsen, relativ aber zurückgehen (von 7 % des BIP auf 6,2 %). Der Handel mit Industriewaren muß 1990 fast ausgeglichen sein, der Handel mit Maschinen und Verkehrsmitteln wird einen Überschuß von etwa S 25 Milliarden erbringen müssen (gegenwärtig wird ein Defizit in gleicher Höhe erzielt), denn neben Brennstoffimporten werden Importe von Konsumwaren (welche auf dem Weltmarkt zunehmend von Entwicklungsländern und wahrscheinlich auch von RGW-Ländern angeboten werden) die Handelsbilanz belasten. Es wäre ein folgenschwerer Irrtum, würde man versuchen, die Position, insbesondere bei den Konsumgütern, zu verteidigen, wenngleich die Neigung zu einer solchen Politik sehr groß sein wird. Die Importe aus den Entwicklungsländern und den RGW-Staaten werden es diesen erlauben, weiterhin aufnahmefähige Märkte für österreichische Produkte mit hoher inländischer Wertschöpfung zu bleiben.

Der österreichische Außenhandel wird regional restrukturiert werden müssen. Aufgrund der zu erwartenden Stagnation der Nachfrage auf den OECD- und RGW-Märkten werden Kapitalgüterexporte nach Entwicklungsländern zu verstärken sein.

Das Exportvolumen wird sich zu Ende 1990 auf rund S 600 Milliarden gegenüber etwa S 206 Milliarden 1979 belaufen haben, wenn dieses gewiß anspruchsvolle Szenario realisiert werden soll.

In jüngster Zeit gibt es sogar gewissermaßen hausintern Kritik an der österreichischen Exportpolitik. Diese hat sich vor allem an dem großen Polenengagement Österreichs entzündet und stellt bewußt die Priorität, die die österreichische Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten zweifelsohne der Exportpolitik gegeben hat in Frage und sieht in ihr in nicht unerheblichem Ausmaß einen Beitrag dafür, daß es in Österreich bei allem Erfolg, der in den letzten Jahrzehnten erzielt worden ist, zu gewiß bestehenden Struktur Schwächen innerhalb unserer produzierenden Wirtschaft gekommen ist. Diese Kritik, die in mancher Hinsicht auch von sehr vordergründigen Konkurrenzüber-

legungen innerhalb unseres Kreditwesens getragen ist und einen Ausfluß der 1979 erfolgten Liberalisierung unseres Kreditwesens zum System des allgemein gültigen Universalbankprinzips darstellt, scheint aber auch auf einer mangelhaften Kenntnis der österreichischen Wirtschaftsgeschichte zu beruhen und ist insofern ein erstaunliches Phänomen in einer an sich sehr geschichtsbewußten Gesellschaft.

Es ist also notwendig und unumgänglich, einen kurzen Rückblick in die Geschichte der Entwicklung des österreichischen Außenhandels zu tun, um seine gegenwärtige Verfassung und Probleme besser zu verstehen und um die Ansatzpunkte der zukünftigen Exportpolitik skizzieren zu können. Ich brauche in diesem Zusammenhang wohl nicht besonders zu betonen, daß ich hier meine persönlichen Ansichten vortrage, denn Exportpolitik ist ein Ausfluß der staatlichen Wirtschaftspolitik, deren Durchführung kompetenzmäßig dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten obliegt, in vielen Fällen der Bundesregierung überhaupt.

Die Geschichte des modernen Österreichs ist erstaunlich kurz, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß man von einer nationalen Geschichte nur dann sprechen kann, wenn sich das Staatsvolk mit seinem Staat identifiziert. Für das Österreich von heute heißt das, daß es eine spezifisch österreichische Geschichte erst seit 1945 gibt, also seit etwa 35 Jahren.

Das Österreich von heute zählt zu den typischen Kleinstaaten der Welt; in der Tat ein Zwerg.

Österreich verfügt über einen Anteil von etwa 0,9 % am gesamten Weltexport (1980: Weltexport \$ 1.850 Milliarden, österreichischer Export \$ 17,5 Milliarden). Sein Anteil am Weltprodukt entspricht ebenfalls dieser Größenordnung. So ist Österreich in der Tat ein Zwerg unter den etwa 160 Teilnehmerstaaten am Welthandel.

Andererseits: ist man sich allenthalben bewußt, daß Österreich in absoluten Werten zu den 30 größten Exportnationen unter den genannten 160 der Welt gehört, daß sein Rang noch weiter nach oben verschoben wird, wenn man von Exporten im weiteren Sinn spricht?

Ist man sich bewußt, daß Österreich gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf den 17. Rang unter den Nationen der Welt einnimmt?

In der Tat eine recht eigenartige Widersprüchlichkeit, die sich sogleich auflöst, wenn man berücksichtigt, daß der Welthandel zu mehr als 60 % zwischen der Ersten Welt abgewickelt wird und daß zu den zwanzig wohlhabendsten Nationen der Welt alle Mitgliedsstaaten der Ersten Welt gehören, wenn man diese Einfachheit halber mit der OECD identifiziert.

Ganz anders sieht die österreichische Position aus, wenn sie an ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der europäischen OECD-Staaten oder am intraeuropäischen OECD-Export gemessen wird. 70 % aller österreichischen Exporte gehen in nur fünf Länder. Der Anteil der Exporte Österreich in jene Länder, mit denen es eine gemeinsame Grenze hat, umfaßt 55,5 % seines gesamten Außenhandels.

In der Wirtschaftsgeschichte, die in der Zukunft geschrieben werden wird, werden die Historiker wahrscheinlich darin übereinstimmen, daß die Periode zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn der 70er Jahre als einzigartige Phase in der Menschheitsgeschichte bezeichnet werden kann, in der wie nie zuvor die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung der Menschheit verbessert werden konnten.

Diese Entwicklungsphase erfaßte alle Bereiche der wirtschaftlichen Aktivitäten. Sie erfaßte die gesamte Weltwirtschaft. Die erzielten Fortschritte waren nicht bloß auf die Erste Welt beschränkt, wenngleich sie dort am sichtbarsten sind.

An dieser positiven Entwicklung hatte der Welthandel einen entscheidenden Anteil. Der Güter- und Leistungsaustausch zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften vollzog sich in dieser Periode im Zuge der schrittweisen Annäherung des Weltwirtschaftssystems nach den Prinzipien des Freihandels, und zwar unabhängig von der Wirtschaftsordnung der einzelnen Partnerstaaten in der Weltwirtschaft. Dieses Ordnungsprinzip beruhte erstmals in der Wirtschaftsgeschichte auf einer nahezu alle Staaten der Welt umfassenden, gewollten politischen Entscheidung durch die Vereinbarung des GATT.

Welche Aussage die Wirtschaftshistoriker der Zukunft über die vor uns liegende Periode der 80er Jahre geben werden, ist viel schwerer vorauszuahnen. Dies liegt nicht bloß in der Tatsache begründet, daß Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung, sei es im Bereiche der nationalen, sei es im Bereiche der internationalen Entwicklung an sich schon schwierig sind, sondern auch deshalb, weil weltweit sich ein Wandel in der wirtschaftlichen Gesinnung auszubilden beginnt, der eine Voraussage über das, was von den Adressaten der Wirtschaftspolitik als wünschbar angesehen wird, zunehmend erschwert.

Für Kleinstaaten gilt aber- und dies ist unablässig zu betonen, eine besondere außenwirtschaftliche Gesetzmäßigkeit, die die Kleinstaaten grundsätzlich von den Staaten mit größeren Volkswirtschaften unterscheidet.

Diese Gesetze sind:

- (I) Je kleiner eine entwickelte Volkswirtschaft ist, umso größer wird seine außenwirtschaftliche Verflechtung. Dies ist ganz logisch, denn der Binnenmarkt kann kaum jene Marktgröße darstellen, die notwendig ist, um rentable industrielle Produktionen zu ermöglichen. Dies gilt besonders dann, wenn versucht wird, die Produktpalette auf besonders mit hoher und größerer inländischer Wertschöpfung ausgestattete Produkte hin zu entwickeln.
- (II) Eine große außenwirtschaftliche Verflechtung bedeutet aber - ob man es will oder nicht - eine Teilaufgabe der wirtschaftlichen Souveränität. Dies gilt sowohl auf den Güter- wie auch auf den Finanzmärkten und beide sind schon heute, noch mehr jedoch in der vor uns liegenden Zukunft für die weitere Entwicklung des internationalen Güter- und Leistungsaustausches von zunehmender Bedeutung.
- (III) Für den Kleinstaat ist das außenwirtschaftliche Gleichgewicht eine Vorbedingung seiner Souveränität und Unabhängigkeit. Dies gilt im besonderen für Österreich, wie seine Geschichte in den letzten 50 Jahren auch dem nicht intimen Kenner seiner Geschichte stets vor Augen sein sollte.

- (IV) Aus diesen Zusammenhängen ist aber abzuleiten, daß für den Kleinstaat eine restriktive Außenhandelspolitik zur Wiederherstellung seines außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes oder zu seiner Erhaltung einander ausschließt. Das aber wiederum heißt, daß der Kleinstaat gezwungen ist, eine expansive Außenwirtschaftspolitik zu betreiben, die gleichzeitig bedeuten muß, daß er seine Importe erhöht und zur selben Zeit seine Exporte überproportional steigern muß. In einer Zeit wachsenden Protektionismus ist daher der Kleinstaat - muß daher der Kleinstaat - auf der Seite der Vertreter einer weiterhin zunehmenden Weltwirtschaftsordnung stehen.
- (V) Die im vierten Punkt genannte Politik ist aber nur dann möglich, wenn sich die Wirtschaftspolitik darauf einrichtet, bestimmte Produktionen, die aufgrund der Lohnsituation, der Roh- und Brennstoffversorgung und der Standorte besser und billiger im Ausland hergestellt werden, importieren muß, um seinen Handelspartnern: die Möglichkeit zu eröffnen, jene internationalen Zahlungsmittel zu verdienen, aus denen der Exporteur Güter höherer Ordnung bezahlen kann. Das bedeutet aber wiederum, daß eine sinnvolle Exportpolitik ohne gleichzeitige Strukturpolitik nicht möglich ist. Die oft gestellte Alternative Export- oder Strukturpolitik stellt sich nicht.

Nun zurück zur Ausgangslage. Die österreichische Außenhandelsstruktur hat sich aus der wirtschaftlichen Lage entwickelt, die sich als Ergebnis der spät nach Österreich vorgestoßenen ersten industriellen Revolution in einem großen, binnenwirtschaftlich sehr stark agrarisch organisierten Wirtschaftsraum darstellte. Diese erste industrielle Revolution erreichte Österreich etwa 30 Jahre später als Westeuropa und stieß hier auf besonders ungünstige Voraussetzungen.

Besonders zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang, daß

- (I) Österreich keinen Zugang zu den Weltmeeren hatte, wenn man vom Mittelmeer absieht, daß erst nach der Errichtung des Suezkanals den Zugang zu den Weltmeeren eröffnete;
- (II) aufgrund der historischen Entwicklung sich in Österreich kein Fernhandel entwickelte, wie überhaupt das Verteilungssystem über den Handel nie zu besonderer Blüte gelangte;

- (III) daß dann, als der Schritt in die wirtschaftliche Moderne getan wurde, jener Teil der Monarchie, der heute Österreich darstellt, vom Standort her gesehen, eher Verwaltungszentrum als Industriestandort wurde;
- (IV) daß Österreich zwar auf allen Gebieten hervorragende technische Erfolge zu verzeichnen hatte - von der Erfindung des Autos, der Turbine, der Schreib- und der Nähmaschine, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht aber in der Lage war, diese industriell umzusetzen;
- (V) daß der damalige Wirtschaftsraum insgesamt zwar nicht ohne Rohstoffreichtum war, daß er aber aus politischen Gründen eher nach Osten und Südosten ausgerichtet war, und daher in geringerem Maß Entwicklungsimpulse aus dem fortgeschrittenen Weltteil erhielt, als wünschenswert gewesen wäre.
- (VI) Die Zertrümmerung dieses Wirtschaftsraumes hatte für die außenwirtschaftlichen Beziehungen Österreichs schwerwiegende Folgen. Nicht zuletzt führte der Zusammenbruch seiner Außenwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg zum Verlust der Souveränität Österreichs erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Alle diese Umstände und historischen Entwicklungen müssen ins Kalkül gezogen werden, wenn man einerseits die beachtliche Leistung richtig bewerten will, die Österreich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vollbracht hat, und die es immerhin - wie einleitend bemerkt - in absoluten Zahlen gerechnet, unter die 20 größten Außenhandelsnationen der Welt geführt hat, aber auch um andererseits die Probleme zu verstehen, mit welchen wir heute und bei der Bewältigung der 80er Jahre konfrontiert sind und sein werden.

Es gelang zwar nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reorientierung des österreichischen Außenhandels vom Osten nach Westen. Wenngleich auch heute noch der Ostmarkt ein wichtiger österreichischer Exportmarkt ist - wenn auch mit fortschreitend abnehmender Bedeutung. Der österreichische Außenhandel ist aber nach wie vor im wesentlichen ein Nachbarschaftshandel geblieben.

Die wirtschaftspolitische Entscheidung, nach dem Krieg die Grundstoffindustrie in Österreich auszubauen, die politisch notwendige Verstaatlichung

dieses Bereiches führte zum Aufbau einer für österreichische Verhältnisse großen Industriesparte, die weitgehend nach konventionellen Methoden in relativ großem Umfang Güter mit geringer Wertschöpfung erzeugte, die aber auch standortmäßig weder vom Rohstoff, noch vom Transport her begünstigt war und ist.

Andererseits ist aber die überwiegende Anzahl der österreichischen Unternehmen in Form von kleinen und Kleinstunternehmen organisiert, die in zweifacher Hinsicht gerade im internationalen Güter- und Leistungsaustausch erheblich benachteiligt sind:

- (I) sie sind zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln im Bereich der Versorgung mit eigenen Mitteln auf die Innenfinanzierung angewiesen;
- (II) sie sind auf die institutionelle Kreditfinanzierung beschränkt;
- (III) sie sind hinsichtlich der internationalen Vermarktung ihrer Produkte durch die Schwierigkeit belastet, daß sie nur sehr schwer entsprechende Vertriebsapparate aufzubauen in der Lage sind.

Unter diesen schwierigen Umweltverhältnissen gelang es Österreich in der Periode der von dem französischen Nationalökonom und Soziologen Jean Fourastié als die gloriosen 30 Jahre bezeichnete Entwicklungsperiode in die Gruppe der fortgeschrittenen Industriestaaten zu führen. Wie beachtlich diese Leistung war, kann man eindrucksvoll in der eben erschienenen Österreichbeilage zu der bedeutenden internationalen Finanzzeitschrift Euromoney entnehmen.

Will man das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, das gegenwärtig doch strukturell einigermaßen gestört ist, wiedergewinnen - die Ergebnisse des I. Quartals 1982 sind ermutigend - erstmals seit vielen Jahren verzeichnen wir einen Leistungsbilanzüberschuß - dann werden die Vorgaben für die 80er Jahre nur zu erfüllen sein, die insgesamt untereinander abhängig und nicht substituierbar sind - es sei denn um den Preis einer empfindlichen Einbuße des gewonnenen Lebensstandards -

- (1) das in Österreich in den vergangenen 20 Jahren aufgebaute Exportversicherungs- und Finanzierungssystem weiterhin funktionstüchtig erhalten werden kann;

- (II) die bestehende Konzentration des österreichischen internationalen Güter- und Leistungsaustausches auf die Märkte in der unmittelbaren Nachbarschaft diversifizierten und neue Märkte ausgesucht werden können.

Dies wird bedeuten, daß es gelingen muß,

- (I) im Hinblick auf die kleinbetriebliche Struktur der österreichischen Wirtschaft eine schlagkräftige internationale Vertriebsorganisation aufzubauen, das heißt, den Exporthandel in viel größerem Umfang als dies bisher geschehen ist, als Instrument der Vermarktung zu entwickeln;
- (II) die internationale Zusammenarbeit, insbesondere bei der Durchführung von Großvorhaben, verstärkt und institutionalisiert voranzutreiben. Diese Versuche, die ich schon seit langer Zeit - insbesondere in meiner zweijährigen Amtszeit als der Präsident der Berner Union, Mitte der 70er Jahre - allerdings vergeblich - verfolgte. Es läge nahe, die Zusammenarbeit - die sowohl auf der Ebene der Exporteure, der Garantie- und Finanzierungsinstitutionen institutionalisiert werden müßte zwischen relativ kleinen Ländern - wie etwa Schweden, der Schweiz und Österreich - zu installieren, deren industrielle Basis sich entsprechend ergänzen könnte. Denn die großen Nationen sind gerade wegen ihrer breiten industriellen Basis in Zeiten besonderer Beschäftigungsprobleme noch weniger an einer Zusammenarbeit interessiert, es sei denn, daß gerade durch die jüngsten Ereignisse in Polen, im gesamten RGW-Raum aber auch in Südamerika der Perspektive des risk sharing größte Aufmerksamkeit geschenkt wird als in der Vergangenheit.

Wahrscheinlich wird die Bewältigung der unmittelbaren Zukunft die größte außenwirtschaftliche Herausforderung der Nachkriegszeit darstellen. Sie ist zu bewältigen, auch durch einen Kleinstaat, wenn schon nicht aus einem anderen Grund als der Tatsache, daß es zu ihrer erfolgreichen Bewältigung keine andere Alternative als die Selbstaufgabe gibt.

Konservatives (das heißt in diesem Fall vorsichtige) Berechnung des Finanzierungsbedarfes für den österreichischen Export am Ende dieses Jahrzehntes,

lassen ein aushaftendes Finanzierungsvolumen in der Größenordnung zwischen S 400 und S 500 Milliarden erwarten, um ein jährliches Exportvolumen von dann rund S 600 Milliarden zu gewährleisten. Dieses Volumen kann nur auf die Art und Weise dargestellt werden, wie dies in der Vergangenheit entwickelt wurde.

Für die Beschaffbarkeit sind zwei Voraussetzungen notwendig: daß

- (I) Österreich von sich aus die Voraussetzungen des diversifizierten weiteren Aufbaues seines Forderungsvermögens im Ausland beschafft, daß heißt sowohl seine Produktionsstruktur wettbewerbsfähig erhält, um sich vermarktungsfähige Forderungen zu beschaffen, als auch als Schuldner im internationalen Transformationsmechanismus angesehen zu bleiben;
- (II) souveräne Risiken, die notwendigerweise im Außenhandel bestehen, der Natur der Sache nach Transformationsrisiken, aber keine absoluten Bonitätsrisiken darstellen.

In dem Maße als die Außenhandelsrisiken im zunehmendem Maße verstaatlicht werden – die Diversifikation von Risiken ist in diesem Fall auf die Anzahl souveränder Staaten beschränkt – wird die zweite Voraussetzung entscheidend für die notwendige Weiterführung des für die Zukunft der Weltwirtschaft unabdingbaren Wachstumsprozesses. In diesem Zusammenhang spielt aber die Tatsache eine entscheidende Rolle, daß die USA ein so großes wirtschaftliches Übergewicht in der Weltwirtschaft haben. Wenn Außenpolitik in diesem Fall mit Außenwirtschaftspolitik zusammenfällt, dann sind die Auswirkungen einer solchen Politik für die USA ökonomisch erträglich, für den Rest der Welt aber nicht, je höher die außenwirtschaftliche Verflechtung eines Landes ist, umso weniger.

Diese Feststellung ist eine Facette des Polendramas, die allenthalben mit Sorge erfüllen sollte. Es ist nicht die zweifellos große Herausforderung, die an den Kleinstaat Österreich gestellt ist, sich im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Autonomie in der Zukunft zu bewähren. Die Erfolge der Vergangenheit sollten die Kraft geben, an die Zukunft zu glauben und die Herausforderung zu bestehen. Es ist vielmehr die durch den Kleinstaat in noch viel geringerem Maß als für größere Staaten nicht beeinflussbare Ent-

wicklung, die den Grundsatz in Frage stellen könnte, auf dem die Erfolge in der Weltwirtschaft in der Vergangenheit aufgebaut waren: nämlich, daß souveräne Risiken zwar Transformationsrisiken, aber keine absoluten Verlustrisiken darstellen.

Vielleicht ist das Schreckgespenst eines dritten Weltkrieges für die Zerstörung der Weltordnung gar nicht erforderlich und daher nicht so brennend. Vielleicht ist es viel gefährlicher - weil weniger sichtbar und keine Gegen-schlagskapazität auf gleicher Ebene befürchtbar - in einem einzigen großen Fall - etwa im Fall Polen - ernsthaft in Zweifel zu ziehen, daß souveräne Risiken wertberichtigungsfähig sind - um einen betriebswirtschaftlichen Ausdrück nicht zufälligerweise eine weltpolitische Färbung zu geben, um einen Dominoeffekt zu erzeugen, der Auswirkungen haben könnte, die der Sorge enthebt, über die postindustrielle Gesellschaft nachzudenken. Die entwickelte Welt (vielleicht einschließlich China) wird sich dann vielleicht ernähren können, sie wird aber nicht jene Überschüsse erzielen können, die notwendig sind, um die Existenz einer Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen auch nur annähernd in jenem Ausmaß zu sichern, wie dies heute für vier Milliarden schlecht genug möglich ist.

Wenn man in diesen Tagen die weltpolitische Szene betrachtet, kommt die ganze Dramatik der Entwicklung zum Bewußtsein. Die Absatzmärkte im RGW-Raum beginnen die Wirkungen der Sanktionspolitik zu zeigen - ohne deswegen die Chancen eines Systemwechsels zu erhöhen - sie könnten aber einen Beitrag zur Petrifizierung leisten. Die Falklandkrise könnte durchaus den Ausgangspunkt für eine - am Präzedenzfall entwickelten Sanktionspolitik der Schuldnerländer im Lateinamerikanischen Raum ergeben, die immerhin eine Außenverschuldung unter sich verteilen, die mit \$ 130 Milliarden, um mehr als ein Drittel, die des RGW-Raumes übersteigt. Die Konsequenzen der Nahostkriege (Iran-Irak; Israel-Libanon und Syrien) sind kaum abschätzbar, wenn man in Betracht zieht, welche Absorbtiionskapazität in diesem Raum auf dem Spiel steht, von der Versorgung mit Energie ganz abgesehen.

Die Problematik der internationalen Schuldenkonsolidierung hat keine institutionelle Grundlage - es ist sogar zu befürchten, daß diese Problematik noch überhaupt nicht als wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung des internationalen Güter- und Leistungsaustausches erkannt worden ist.